Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Müllen St. Niclas, St. Jacob, St. Michels, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Aufschnitzel und Tirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

68. Jahrgang.

Nr. 15. | Hauptinsertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk | Freitag, den 18. Januar | Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk | 1918.

Preise für Steinkohlen und Braunkohlen-Briketts im Kleinhandel.

Unter Aufhebung unserer Bekanntmachung vom 2. ds. Mts. wird für den Kohlenkleinhandel folgendes bestimmt:

1.

Der Preis für Steinkohle beträgt
a) beim Verkauf ab Lager 3,15 Mk.,
b) beim Verkauf von der Straße bis ins Haus 3,25 Mk.

2.

Der Preis für Braunkohlenbriketts ist je um eine Mark billiger.

Lichtenstein, den 16. Januar 1918.

Der Stadtrat.

Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente aus der Invalidenversicherung.

Der Bundesrat hat am 3. Januar 1918 beschlossen, daß allen Personen, die aus der Arbeiterversicherung eine **Invaliden-** oder **Krankenrente** beziehen, eine Zulage zu dieser Rente in Höhe von **8 Mk. monatlich** und den Empfängern einer **Witwen- (Witwer-) oder Witwenkrankenrente** eine Zulage in Höhe von **4 Mk. monatlich** vom **1. Februar 1918** ab zunächst bis 31. Dezember 1918 zu gewähren ist. Empfänger von **Alters-** oder **Waisenrenten** erhalten **keine Zulage.**

Die Zulage wird ohne besondere Anweisung der Versicherungsanstalten oder der Kassen, von der der Empfänger Rente bezieht, durch die Post und zwar nur für volle Monate im voraus gewährt und ist gleichzeitig mit der Rente zu erheben.

Für jeden Kalendermonat ist eine besondere Zulagequittung erforderlich.

Vordrucke für die Zulagequittungen werden erstmalig am 1. Februar 1918 in der hiesigen **Ratskanzlei** verteilt, wo auch die Beglaubigung dieser Quittungen erfolgen wird.

Die Rentenempfänger werden hierbei noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausgabe und Beglaubigung der Rentenquittungen jedes Mal am ersten des Monats nur von 8—10 Uhr vormittags erfolgt und zwar von 8—9 Uhr an die Empfänger, deren Familiennamen mit dem Buchstaben A—M und von 9—10 Uhr an diejenigen Empfänger, deren Familiennamen mit dem Buchstaben N—Z beginnt.

Lichtenstein, am 16. Januar 1913.

Der Stadtrat.
— Versicherungsamt. —

Nach erfolglosem Aufgebotsverfahren werden die Einlagebücher unserer Sparkasse

Nr. 19446, 27220, 22151 und 35754

für **ungültig** erklärt.

Lichtenstein, den 18. Januar 1918.

Der Stadtrat.

Schule zu Callnberg.

Die **Anmeldung** der Ostern 1918 schulpflichtig werdenden Kinder soll
a. für die **Bürgerschule Mittwoch,** den 30. Januar, nachm. 2—4 Uhr oder **Sonnabend,** den 2. Februar, vorm. 11—12 Uhr im Zimmer des Direktors,
b. für die **Seminarschule Freitag,** den 1. Februar nachm. 1/4 bis 1/2 5 Uhr im 3. Klassenzimmer der Seminarschule bewirkt werden.

Schulpflichtig werden alle Kinder, die bis Ostern 1918 das 6. Lebensjahr erfüllen, **zugelassen** werden auch diejenigen, welche bis zum 30. Juni 6 Jahr alt werden.

Für **alle Kinder** ist der **Impfschein,** für die nicht in Callnberg geborenen außerdem die standesamtliche Geburtsurkunde mit pfarramtlicher Taufbescheinigung (Familienstammbuch) vorzulegen.

Callnberg, den 16. Januar 1918.

Die Seminardirektion. **Die Schuldirektion.**

Bekanntmachung,

Zulage an Empfänger von Invaliden-, Witwen- und Witwerrente betreffend.

Nach § 1 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 3. Januar 1918 erhalten **ab 1. Februar** die Empfänger von **Invaliden-, Witwen-** oder **Witwerrente** eine **Reichszulage** zu ihrer Rente gewährt. Diese Zulage beträgt für Empfänger einer **Invalidenrente monatlich acht** und für Empfänger einer **Witwen-** oder **Witwerrente monatlich vier Mark** und wird solche gleichzeitig mit der Hauptrente durch das zuständige Kaiserliche Postamt zur Auszahlung gebracht.

Callnberg, den 15. Januar 1918.

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die hiesige Einwohnerschaft wird aufgefordert, die in ihrem Besitz befindlichen leeren **Konservendosen bis Sonnabend, den 10. ds. Mts.** im Gebauerhause abzuliefern.

Die Stadtverwaltung Callnberg.

Die Friedensverhandlungen.

Eine Annäherung erzielt.

Brest-Litowsk, 15. Januar. Heute fanden weitere Besprechungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen statt. Trotz der vorläufig noch starken Abweichungen in der Auffassung der beiden verhandelnden Parteien konnte in einigen Punkten eine gewisse Annäherung festgestellt werden.

Am 14. Januar hatten die Verbündeten auf die russischen Forderungen eine Antwort erteilt, in der es heißt:

Zu 1: Die Behauptungen, das Selbstbestimmungsrecht stehe Nationen und nicht auch Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung. Auch Teile von Nationen können Selbständigkeit und Abänderung rechtmäßig beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Okkupationsgrenze maßgebend sein soll. Kurland, Litauen und Polen bilden auch, historisch angesehen, völkische Einheiten. Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben oder die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen aller Art freie Hand vorbehalten.

Zu 2: Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich. Jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls es die militärischen Umstände gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden. Was die Rückkehr der Flüchtlinge u. der Evakuierten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugesagt. Diese Frage kann einer besonderen Kommission überwiesen werden.

Zu 3: Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug, mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens soll aber den gewählten Vertretern der Bevölkerung in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden.

Zu 4: Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete sanktionieren soll. Eine einseitige Festsetzung auf ein Referendum erscheint unpraktisch. Auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatenbildungen wie z. B. der Ukraine und Finnlands, sind nicht im Wege eines Referendums erfolgt.

Diese weitgehenden Vorschläge bilden den äußeren Rahmen, innerhalb dessen die verbündeten Regierungen eine friedliche Verständigung noch erhoffen können. Eine Verständigung ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernsten Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen. Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konfliktes festhalten.

Hieran schloß sich eine längere Aussprache mit neuen Erklärungen Trotzkis und Entgegnungen seitens des Staatssekretärs von Kühlmann. Schließlich erklärte sich Trotzki bereit, zu der Beratung der beiden Antworten, welche vorgelegen werden seien, überzugehen. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vertreters beitreten könne, daß, angeblich die Entfernung der beiden Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde. Sowieso es sich um technische Schwierigkeiten handelte, wie das Fehlen einer eigenen Eisenbahn, Post usw., so könne man in solchen Fragen leicht zu einer Einigung gelangen, auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Demgegenüber wies Staatssekretär von Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit in den betreffenden Gegenden eine sehr gewichtige Rolle spielten. Sodann beantragte Herr von Kühlmann, nunmehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in eine geschäftsmäßige Behandlung einzutreten. Nachdem sich Herr Trotzki diesem Vorschlage angeschlossen hatte, wurde die nächste Sitzung für den folgenden Tag 11 Uhr vormittags anberaumt.

Die Sitzungen am 15. Januar.

Brest-Litowsk, 16. Januar. Am 15. d. Mts. haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommissionen zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden, in welchen der getroffenen Vereinbarung entsprechend in die geschäftsmäßige Besprechung der vier zur Diskussion vorgeschlagenen Punkte unter

vorläufiger Zurückstellung von Punkt 1, betreffend das Territorium, eingetreten wurde.

Der Vorsitzende der russischen Delegation regte zunächst, auf die früher bereits besprochene Frage der Zuziehung von Vertretern der besetzten Gebiete zurückgreifend, an, solche Vertreter nunmehr an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen.

Staatssekretär von Kühlmann gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, solche Vertreter heranzuziehen, die er jedoch unter der schon früher festgelegten Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auch von der russischen Delegation dahin aufgefaßt werde, daß die Staatwerdung dieser Gebiete durch die Zulassung ihrer Abgeordneten auch russischerseits wenigstens präsumptiv anerkannt werde. Entweder die Herren kämen nach Brest-Litowsk als Sprecher und Vertreter ihrer Völker und dann müsse zwischen den verhandelnden Parteien Uebereinstimmung darüber bestehen, daß die Volkspersönlichkeiten wenigstens präsumptiv entstanden seien, oder sie kämen als Privatleute und hätten dann bei diesen Besprechungen nichts zu suchen.

Herr Trotzki erklärte sich außerstande, auf die vom Vorredner als notwendig bezeichnete Voraussetzung einzugehen, da er nicht anerkennen könne, daß diese Vertreter den Willen der gesamten Bevölkerung jener Länder zum Ausdruck zu bringen geeignet seien. Damit entfalle von selbst die wesentliche Vorbedingung des seinerzeit gemachten Vorschlages.

Im Anschluß an diese Erörterung stellte Staatssekretär von Kühlmann fest, daß die abweichenden Ansichten der verhandelnden Parteien über die Frage, welche Bedeutung den Beschlüssen der in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungskörper zukomme, sich auch durch eingehende Diskussion auf einer mittleren Linie nicht hätten vereinigen lassen, indem er hinzufügte, daß dieser Umstand an sich nicht notwendigerweise zum Scheitern der Verhandlungen führen müsse, da ja die verbündeten Delegationen sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt hätten, eine bestätigende Volkskundgebung auf breiter Basis in Aussicht zu nehmen. Gelänge es, über die Bedingungen dieser Volkskundgebung auf breiter Basis Uebereinstimmung zu erzielen, so würde die Meinungsverschiedenheit darüber, ob diese Volkskundgebungen als konstituierend oder konfirmierend anzusehen seien, seiner Ansicht nach ein Scheitern der Verhandlungen mit ihren weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermögen.

Indem Herr Trotzki zugab, daß die Fortsetzung der Debatte auf dem bisher behandelten Gebiete wenigstens im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen zwecklos erscheine, erklärte er, daß, wenn die seiner Ansicht nach erforderlichen Voraussetzungen für die Volksabstimmung gewährleistet seien, es für die praktische Lösung der Frage in der Tat gleichgültig sei, welches Organ von dieser oder jener Regierung in irgend einem vorhergehenden Zeitpunkt präsumptiv anerkannt worden sei. Folglich komme es dem Wesen nach in der Hauptsache darauf an, die Unabhängigkeit und Freiheit der Willensäußerung des betreffenden Volksteiles zu gewährleisten, und zur Sicherung der Bedeutung dieser Willensäußerung sei es nötig, daß sie nicht nur einen konfirmierenden, sondern einen konstituierenden Charakter erhalte.

Ein bayerischer Vertreter in Brest Litowsk.

München, 16. Januar. Um den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches nach außen hin zum Ausdruck zu bringen, wird Bayern fortan einen besonderen Vertreter zu den Friedensverhandlungen nach Brest Litowsk entsenden. Zunächst wird sich der frühere bayerische Ministerpräsident, Graf Podewils, nach Berlin zu Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt und dann nach Brest Litowsk begeben.

* * *

Russische Kriegsmüdigkeit

Stockholm, 15. Januar. Laut „Nasch Wjäk" verließen drei russische Arbeiter- und Pionierregimenter die Front und kehrten heim, da weitere Anlagen und Befestigungen nicht mehr nötig seien.

Der rumänische Gesandte in Petersburg verhaftet!

Stockholm, 15. Januar. Nach einer Meldung der „Ag. Hav." aus Petersburg wurden der rumänische Gesandte Diamandi und das Personal der Gesandtschaft gestern abend auf Befehl der Volksbeauftragten verhaftet und in der Peter-Pauls-Festung interniert. Die Ursache sei unbekannt. Das diplomatische Korps, auch das neutrale sei vom Doyen, dem amerikanischen Botschafter Francis, zusammenberufen, um Einspruch zu erheben.

Die russischen Soldaten räumen Finnland.

Stockholm, 15. Januar. Nach der finnländischen Zeitung Wubergs Nyheter haben an den Weihnachtstagen 30 Militärzüge Wyborg in der Richtung nach Rußland und einer in umgekehrter Richtung passiert. Außerdem sind anfangs des Monats russische Soldaten in großer Zahl mit den fahrplanmäßigen Zügen in die Heimat abgereist.

Attentat auf Lenin.

Petersburg, 15. Januar. Als Lenin gestern eine Abteilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolverschüsse ohne Erfolg abgefeuert.

Rußland als sozialistische Republik

Amsterdam, 15. Januar. „Allgemeen Handelsblad" erfährt aus London, daß die Bolschewiki Regierung die Absicht habe, der verfassunggebenden Versammlung am 18. d. M. ein Ultimatum zu stellen, Rußland zu einer sozialistischen Republik zu erklären und alles Land und allen Besitz zu enteignen.

Rotterdam, 15. Januar. „Daily News" erfährt aus Petersburg vom 13. d. M.: Die Bolschewiki haben alle ausständigen Beamten des Finanzministeriums entlassen und des Pensionsrechtes beraubt. Der Volksbeauftragte Antono meldet, daß das Donezbecken von Kaledins Truppen gesäubert und die Kohlenerzeugung in Händen der Bolschewiki sei. Das Getreide sei zur Versendung nach dem Norden beschlagnahmt worden.

Das preußische Herrenhaus und der Frieden.

Graf von Behr-Behrenhoff, Graf von Keyserlingk-Neustadt und Dr. Graf Yorck von Wartenburg haben mit der Unterstützung von 75 anderen Mitgliedern des Herrenhauses folgenden Antrag eingebracht: Das Herrenhaus spricht die Zuversicht aus, daß die Königliche Staatsregierung auf einen Frieden hinwirken wird, bei dessen Abschluß die dem Deutschen Kaiser im Artikel 11 der Reichsverfassung vorbehaltenen Rechte voll gewahrt werden. Dieser Frieden muß den gebrachten Opfern, den Bedürfnissen militärischer Sicherung und der politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden. Dem Antrag ist folgende Begründung beigegeben: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat die Frage aufgeworfen, in wessen Namen die deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk Erklärungen abgäben, ob im Namen der Reichstagsmehrheit, oder im Namen einer Militärpartei. Demgegenüber ist zu betonen, daß das ausschließliche Recht, Krieg zu führen und Frieden zu schließen verfassungsmäßig dem Deutschen Kaiser zusteht. Dabei können lediglich deutsche Interessen maßgebend sein.

Verschiedenes aus Rußland.

* „Havas" meldet nach der „Kriegszeitung" aus Petersburg, daß die russische Regierung mit Hilfe der Roten Garde 15 Prozent der Arbeiter aller Fabriken in die Armee eingereiht und mit Maschinengewehren ausgerüstet habe.

* „Daily News" melden zur Abreise Lenins aus Petersburg: Man nimmt an, daß Lenin in Stockholm mit deutschen und österreichischen Sozialisten konferiere.

* Der Korrespondent des „Daily Chronicle" meldet, daß das Dongebiet von den Truppen Kaledins und denen der Ukrainer gesäubert wurde und in die Hände der lokalen Sowiets überging.

* Die „Kölnische Zeitung" meldet von der Schweizer Grenze: Ein junger Russe, der früher in Japan studierte, traf in Tokio ein und teilte seine Ernennung zum russischen Botschafter mit. Die japanische Regierung lehnte es ab, den maximalistischen Botschafter anzuerkennen. Der bisherige russische Botschafter weigerte sich, das Amtsgebäude zu verlassen.

* * *

Ein serbischer Kronrat für Friedensverhandlungen?

Wien, 16. Januar. Das ukrainische Bureau meldet: Laut Jowedtja beschloß ein serbischer Kronrat in Saloniki, den Krieg zu beenden und Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten anzuknüpfen.

* Der römische Korrespondent der „Tempo" berichtet, der Hauptzweck der Pariser Konferenz sei die Abgabe einer ins einzelne gehenden Erklärung über die Kriegsziele der Alliierten und die Abfassung eines gemeinsamen, die gesamten Forderungen enthaltenden Dokumentes. Die italienische Regierung habe einem derartigen einheitlichen Dokument zugestimmt.

Wilson zum Verhandeln bereit?

Genf, 16. Januar. Der „Herald" meldet aus Newyork: Staatssekretär Lansing gab im Senat auf eine Anfrage des Senators Stone die Erklärung ab, daß Amerika keinen direkten Verhandlungsvorschlag eines kriegführenden Landes ablehnen würde. Im Repräsentantenhaus legte Lansing die Worte Wilsons über Elsaß-Lothringen dahin aus, daß Wilson Elsaß-Lothringen gegenüber an dem Selbstbestimmungsrecht der Völker festhalte. Die Außerachtlassung dieses Rechts im Jahre 1871 sei das von dem Präsidenten gerügte Unrecht an Elsaß-Lothringen.

Der Frieden ist näher als man denkt.

Basel, 16. Januar. Der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post" telegraphiert vom 10., daß die Hauptwirkung der Botschaft des Präsidenten, wie in den Politikern und Zeitungen geglaubt werden dürfe, eine Anregung des Friedensgedankens sei. Viele Leute glauben, daß der Friede nicht mit Ende des gegenwärtigen oder nächsten Jahres, sondern innerhalb weniger Monate kommen werde. Der Präsident habe auf den Knopf gedrückt und die Oeffentlichkeit hat ungefähr in folgender Form reagiert: Der Präsident hat gezeigt, daß es möglich ist, den Frieden zu erringen. Folglich ist, da der Weg gewiesen ist, nur ein bißchen Geschick und ein wenig Takt und Erwägung notwendig, um den Frieden zu erreichen.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Zwischen Regierungsvertretern und den Fraktionsvorsitzenden haben im sächsischen Landtage Besprechungen stattgefunden über Gewährung weiterer Teuerungszulagen an sächsische Beamte, Ruhegehaltsempfänger und deren Hinterbliebene. Es wurde eine Einigung erzielt über die Grundsätze, nach denen die neue Zulage bemessen werden soll. Eine Regierungsvorlage ist demnächst zu erwarten.

* Der „Reichsanzeiger" meldet die Verleihung des Ordens Pour le mérite an die Obersten v. Tavion und v. Felle und den Oberstleutnant v. Sydow.

* In Berliner Abgeordnetenkreisen nimmt man nach der „Kriegszeitung" an, daß der Kanzler am Freitag seine angekündigte Rede im Hauptausschuß halten werde.

* Wie die „Vossische Zeitung" hört, haben Hindenburg und Ludendorff Berlin wieder verlassen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Der deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, 16. Januar. (Amtlich.)

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

und

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Bei und südlich von Lens war die Artillerietätigkeit gesteigert. In einzelnen Abschnitten Erkundungsgefechte; südöstlich von Ornes wurden Gefangene gemacht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nach mehrstündiger Feuerwirkung stießen französische Abteilungen nördlich von Badonviller vor und drangen vorübergehend in unsere vorderen Gräben ein.

Eigene Aufklärungstruppen brachten in den oberen Vogesen Gefangene ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Tschernabogen erhöhte Gefechtstätigkeit.

Italienische Front.

Zwischen Brenta und Piave vielfach lebhafter Feuerkampf, mit besonderer Heftigkeit im Gebiet des Monte Asolone. Die Italiener haben ihre erfolglosen Angriffe nur südlich vom Monte Fontana Secca wiederholt; sie wurden abgewiesen.

In den Piaveabschnitten nördlich vom Montello verstärkte sich das englische Artilleriefeuer.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Ein englischer Zerstörer und 24 000 Tonnen vernichtet!

Ein vollbesetzter Truppentransportdampfer versenkt

Berlin, 15. Januar. Neue U-Booterfolge im Mittelmeer: Ein englischer Zerstörer und 24 000 Bruttoregistertonnen Handelsschiffsraum.

Am 30. Dezember hat eines unserer U-Boote, Kommandant Oberleutnant z. S. Obermüller vor Alexandrien einen großen, bewaffneten, durch Fischdampfer und Torpedobootzerstörer stark gesicherten, voll besetzten Truppentransporter versenkt und darauf in kühnem Angriff den Zerstörer der Sicherung „D. 68", durch Torpedotreffer vernichtet. Der Transporter hatte nach Beobachtung des Unterseebootes anscheinend ausschließlich weiße Engländer an Bord.

Unter den übrigen von unseren U-Booten versenkten Schiffen, von denen die meisten für Italien bzw. die Engländer im Orient Ladung hatten, befand sich ein weiterer bewaffneter, von Zerstörern geschützter Transportdampfer von etwa 5000 Tonnen, sowie 2 mittelgroße Dampfer, die aus Geleitzügen herausgeschossen wurden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Minen vor Australien?

Bern, 15. Januar. Einer Melbourner Meldung der in Paris erscheinenden Chicago Tribune zufolge kündigte die australische Admiralität an, daß letzthin eine Anzahl Kauffahrteischiffe von großem Tonnengehalt in den australischen Gewässern durch treibende Minen vernichtet wurden. In gewissen Teilen der australischen Gewässer sollen Treibminen, die angeblich von „neutralen" Schiffen gelegt wären, sehr zahlreich sein.

Bayer & Heinze

Abteilung Lichtenstein-Callnberg

Hauptgeschäft Chemnitz. Schwesterfiliale Burgstädt

Aufbewahrung u. Verwaltung v. Wertpapieren.
Ständige Kontrolle der Auslosungen.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 17. Januar.

* **Die Ernährung der geistigen Arbeiter** betrifft eine Eingabe, welche die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, die 300 000 Mitglieder umfassen, an den sächsischen und preußischen Landtag gerichtet hat. Das Kriegsernährungsamt hat bekanntlich den Grundsatz aufgestellt, daß geistige Arbeiter keine Schwerarbeiter-Zulagen bewilligt erhalten. Die Arbeitsgemeinschaft schlägt nun vor, entweder die Schwerarbeiter-Zulagen überhaupt abzuschaffen und lieber die Gesamtrationen entsprechend zu erhöhen, oder diese Zulagen auch an alle Angestellten zu bewilligen, die 9 Stunden bei geteilter Arbeitszeit und 8 Stunden bei ungeteilter Arbeitszeit oder auch nachts tätig sind. – Die Zulage für die sogenannten Schwerstarbeiter soll dagegen beibehalten werden, aber dann auch den Angestellten zustehen, die unter ähnlich schwersten Bedingungen arbeiten. Ebenso werden Erleichterungen für die Reisenden gewünscht. Die Berufung von Angestelltenvertretern in die Ernährungsausschüsse der Städte und Landgemeinden wird als dringend notwendig bezeichnet. Auch die ungeteilte Arbeitszeit, die bei der Kohlenknappheit doch auf alle Weise gefördert werden müßte, ist ohne Gesundheitsschädigung der Angestellten nur durchzuführen, wenn die Angestellten sich während dieser langen Zeit genügend erwärmen können. Bei den knappen Rationen ist das heute vielfach unmöglich.

* **Tanzen nach wie vor verboten!** Von maßgebender Stelle wird dem Burgstädter Wochenblatte mitgeteilt: Wegen wiederholter Verstöße sei erneut darauf verwiesen, daß die Abhaltung von Tanzvergnügungen öffentlicher wie nicht öffentlicher Art nach wie vor verboten ist. Die Not der Zeit und die Bedeutung der Gegenwart, in der unser Volk um seine Daseinsberechtigung unter den größten Opfern draußen wie drinnen ringt, verbieten es von selbst, sich bei derartigen Vergnügungen zu belustigen.

* **Warenumsatzstempel.** Die zur Einrichtung der Abgabe vom Warenumsatze verpflichteten gewerbetreibenden Personen und Gesellschaften haben den steuerpflichtigen Jahresbetrag ihres Warenumsatzes für das Kalenderjahr 1917 bis spätestens zum Ende des Monats Januar d. Js. der zuständigen Steuerstelle schriftlich oder mündlich anzumelden und die Abgabe gleichzeitig mit der Anmeldung einzuzahlen.

* **Mit Rücksicht auf die zu Ostern erfolgende Entlassung ihrer Kinder und Mündel aus der Schule** werden hiermit die Eltern und Vormünder auf die Pflichten aufmerksam gemacht, die ihnen bei dieser Gelegenheit obliegen. Sie haben rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß für die zu Entlassenden ein Beruf bestimmt werde, für den sie Anlage und Neigung haben, daß ein tüchtiger und wohlwollender Lehrmeister gewonnen, eine ehrbare und wohlwollende Dienstherrschaft ausfindig gemacht oder sonst ein gutes, dem geistigen und leiblichen Wohle und der Ausbildung des jugendlichen Person förderliches Unterkommen gesichert werde. Es wird darauf hingewiesen, daß die Vormundschaftsgerichte bereit sind, die Vormünder bei deren Entschließungen zu beraten, insbesondere ihnen die von den Organen des Gewerbestandes erlassenen Bestimmungen, deren Beobachtung erforderlich ist, vorzulegen. Was den Lehrvertrag anlangt, so bedarf dieser der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Vor dieser ist der Mündel selbst vom Amtsgerichte zu hören und ihm deshalb zuzuführen. Mit der vorzulegenden Lehrvertragsurkunde ist eine Abschrift zu überreichen, die bei den Gerichtsakten zu verbleiben hat.

Mülsen St. Jacob. (Das Eiserne Kreuz erhielt der Feldzugteilnehmer Bruno Hoffmann.

Crimmitschau. (Blinder Mühlenbetrieb.) Festgenommen wurde ein schon bestrafter, hier wohnhafter 30 Jahre alter Eisenarbeiter aus einer Nachbarstadt. Er hatte Schrotmühlen gebaut und in verbrecherischer Weise veräußert. Eine Schrotmühle hatte er in seiner Behausung aufgestellt, wo er von der Polizei beim Mahlen von Getreide angetroffen wurde. Die Erörterungen ergaben, daß der Mann zahlreiches Material gestohlen oder sonst auf unredliche Weise sich verschafft hatte. Von einem etwa 300 Meter von seinem Wohnhaus entfernt stehenden Transformator aus hatte er eine elektrische Leitung nach seinem Grundstück gelegt, ohne hierzu Erlaubnis zu haben. Die zur Leitung benötigten Masse und Drähte hatte sich der Betrüger auf unredliche Weise zu verschaffen gewußt.

Hohenstein E. (Die notleidende Textilindustrie.) Die Stillegung sämtlicher hiesiger Textilbetriebe hat für unsere Stadt außerordentliche Lasten im Gefolge, denn die Ausgaben für Arbeitslosen-Unterstützung wachsen riesenhaft; sie betragen jetzt annähernd Mk. 1 100 000. Jetzt hat die Stadtverwaltung Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen angebahnt, um einigen größeren Betrieben die Erlaubnis zur Ausführung von Aufträgen auszuwirken. Bis jetzt ist jedoch noch kein Erfolg erzielt worden, auch nicht hinsichtlich der besteingerichteten Betriebe, die auf den sparsamsten Gebrauch an Betriebsstoffen usw. eingestellt sind.

Hartha. (Auf Lebenszeit gewählt) wurde von den städtischen Körperschaften nach erst einjähriger Amtierung der Bürgermeister Schmidt hier.

Hainichen. (Schlechtes Ergebnis.) Bei einer Treibjagd bei Hainichen, an der eine stattliche Anzahl Jäger teilnahm, wurde nicht ein einziger Hase geschossen.

Meerane. (Ueberschreitung der Höchstpreise.) In der letzten Zeit sind in Niederschindmaas und Oberschindmaas eine ganze Anzahl dort ansässiger Gutsbesitzer mit hohen Geldstrafen belegt worden, weil sie Kartoffeln, Obst und Getreide unter teilweise erheblicher Ueberschreitung der Höchstpreise oder ohne Marken an einzelne Personen verkauft hatten. Gleichzeitig wurden auch die Aufkäufer bestraft.

Lauter. (Zwei Schweine gestohlen) wurden nachts aus dem Kuhstalle des Mühlenbesitzers Freitag an der Bahnhofstraße. Sie wogen etwa 130 Pfund, hatten einen Wert von 200 Mark und sind an Ort und Stelle abgeschlachtet worden.

Mylau. (Rodelopfer.) Ein bedauerlicher Unfall hat sich hier Montag abend beim Rodeln den steilen Obermylauer Berg herab ereignet. Eine verheiratete Frau von hier ist an eine Mauer angefahren und hat sich derart verletzt, daß sie mittels Krankenwagens nach ihrer Wohnung gebracht werden mußte. Sie scheint einen Schädelbruch davongetragen zu haben.

Neuhausen. (Schadenfeuer.) Am Montag kurz nach 4 Uhr brach in dem Fabrikationsgebäude des Holzwarenfabrikanten Otto Tietel Feuer aus, doch konnte dasselbe auf seinen Herd beschränkt und das Wohnhaus und die Scheune gerettet werden. Das Fabrikationsgebäude ist ausgebrannt. Dem Besitzer erwächst dadurch erheblicher Schaden, da er nur teilweise versichert hat.

Niederplanitz. (Eine Fabrikarbeitersehefrau von hier versuchte in einem Laden mit gefälschten Marken des Bezirksverbands Zwickau Butter zu erlangen. Doch wurde die Fälschung erkannt und die Frau zur Anzeige gebracht.

Oelsnitz i. E. (Verunglückt) Auf dem zur Gewerkschaft „Deutschland" gehörenden Seidelschacht verunglückte der aus Rödlitz gebürtige Häuer Weißbach. Schwerverletzt wurde er dem „Otto-Hospital", hier, zugeführt.

Rochlitz. (Unter die Eisdecke verschwunden.) Der drei Jahre alte Enkel Rudolf des Fabrikwebers Karl Wilhelm Hönig war in der Nähe des kleinen Rathauses auf die Eisdecke der Mulde gegangen, brach ein und verschwand unter dem Eise. Alle Bemühungen, den Knaben herauszuholen, blieben bis jetzt ohne Erfolg.

Schwarzenberg. (Explosion.) In einer hiesigen Metallwarenfabrik ist eine Sauerstoffflasche explodiert. Die Splitter verletzten einige Arbeiter tödlich und verwundeten mehrere andere.

Dessau. (Selbst gerichtet.) Der wegen des Kaiserdiebstahls im Ratsamte verhaftete Oberstadtsekretär Kampfhenkel hat sich im Untersuchungsgefängnis erhängt.

Zwei Frauen.

Roman von H. Courths-Mahler.

39. **Nachdruck verboten**

„O weh! Da hab ich Dich ja in eine schlimme Patsche gebracht. Wahrhaftig, da kannst Du mir leid tun. Aber zu ändern ist das nun nicht mehr. Und die Baroneß wird Dir gern verzeihen, wenn Du ihr schilderst, was für ein abscheuliches Geschöpf ich bin. Du brauchst mich nicht zu schonen. Uebrigens muß ihre Liebe zu Dir wahrhaft groß und rührend sein, da sie selbst in dem Moment der Ueberraschung die Haltung nicht ganz verlor, um Dich nicht bloßzustellen. Sie gab sich ganz den Anschein, als wisse sie um Deine Verheiratung. Also deshalb war sie so blaß und erschrocken. Nun, sie wird demnach nicht gerade in rosiger Stimmung davongefahren sein. Und die urkomische alte Dame mit den vorsintflutlichen Gewändern, die saß auch da, wie vom Schlag gerührt. – Jetzt verstehe ich das erst alles. Mein Gott, wie komisch — verzeihe — aber da muß ich lachen, da bin ich ja wie eine Bombe in Euer friedliches Familienidyll hineingeplatzt. Nein, das ist zu komisch, das reinste Lustspiel."

Und sie lachte wieder laut auf.

Er zog die Stirn zusammen.

„Ich bitte Dich, beende diese Szene, ich bin am Ende dessen, was ich ertragen kann", stieß er hervor.

Sie zuckte die Achseln.

„Also gut, sprechen wir wieder ernsthaft. Was willst Du nun eigentlich, daß ich tun soll?"

„Vor allen Dingen sofort wieder abreisen, ich ertrage es nicht, mit Dir unter einem Dache zu leben — auch nicht vorübergehend. Reise ab, und ich will Dir mein ganzes Einkommen überlassen. Du sollst jährlich achttausend Mark erhalten."

Sie funkelte ihn bös an.

„Du wirst Dich dennoch an meine Gegenwart gewöhnen müssen. Mit dieser Lappalie lasse ich mich nicht abspeisen. Ich bleibe solange, bis Du mich entsprechend abfindest. Eine Törin wäre ich, wollte ich mich so einfach beiseite schieben lassen. Ich bin ohne Engagement und der Erholung dringend bedürftig. Und nochmals – ich denke nicht daran, abzureisen. Damit Punktum."

Es lag ein unbeugsamer Entschluß in ihren Worten. Norbert fuhr sich mit einer verzweifelten Geberde durchs Haar. Aber er sah ein, daß er dieser Frau gegenüber momentan machtlos war. Mit Gewalt konnte er sie nicht entfernen. Und er war jetzt keines klaren Gedankens mehr fähig. Seine Nerven waren angespannt bis zum Zurreißen und sein Herz blutete in Gedanken an Annelies, die er vor diesem Schmerz nicht hatte behüten können. Mit einer düsteren Entschlossenheit warf er den Kopf zurück. Es war ja nun doch alles eins. Annelies mußte ihn ja verachten und ihm zürnen. Und das ganze Leben galt ihm nichts, wenn er nicht ihre Verzeihung erringen konnte.

„Also bleib", sagte er endlich düster und erschöpft. „Wenn Du es durchaus willst, muß ich mich fügen. An ein gemeinsames Leben zwischen uns ist natürlich nicht zu denken. Ich werde Dir aus dem Wege gehen, wie und wo ich kann. Deine Mahlzeiten mußt Du allein einnehmen, ich werde auf meinem Zimmer speisen. Gibt es einen Skandal — so muß ichs ertragen. Mir ist jetzt alles eins. Gottlob habe ich noch nirgends Besuche gemacht und werde es selbstverständlich auch jetzt nicht tun. Habe ich all die Jahre als Einsiedler gelebt, so wird es auch weiter gehen."

Sie machte ein etwas unsicheres Gesicht. Daß er plötzlich einlenkte, behagte ihr durchaus nicht. Sie hätte lieber die Verhandlung fortgesetzt, bis sie ihr Ziel erreichte.

„Nun, — mit der Baronesse Falkenau wirst Du doch weiter verkehren wollen?" fragte sie unruhig, denn es lag ihr nach allem viel daran, daß es zwischen ihrem Mann und der Baronesse nicht zum Bruch kam. Er sah sie groß an.

„Mein Wille ist da ganz machtlos. Wie ich Baroneß Falkenau kenne, wird sie in Zukunft einen Verkehr zwischen Neulinden und Falkenau nicht wünschenswert finden. Und das kann ich sehr wohl verstehen. Ich werde morgen nach Neulinden gehen, um der Baronesse und Fräulein von Haldensleben eine volle Beichte abzulegen. Sie sollen nun ganz klar sehen in dieser Angelegenheit. Und ich kann dabei weder Dich noch mich schonen. Ich selbst werde dann die Damen bitten, jeden Verkehr mit Falkenau in Zukunft zu vermeiden, ich kann und darf sie nicht einer neuen Begegnung mit Dir aussetzen."

Sie verzog das Gesicht höhnisch.

„Mein Gott — hab Dich nur nicht so mit dieser blonden Aristokratin. Sie ist ja auch nur ein Mensch und ihre Tugendhaftigkeit und Reinheit wird ja nicht gleich in die Brüche gehen, wenn sie mit mir verkehrt. Im übrigen reiße ich mich weder um ihre Gesellschaft noch um die der komischen alten Jungfer. Also bitte, tue, was Du nicht lassen kannst. Gehe nach Canossa und tue Buße, schwöre mich als ein Ungeheuer und lasse Dich bemitleiden. Und sag dem Baronesschen, daß ich bereit bin, Dich ihr abzutreten. Vielleicht ist sie vernünftiger als Du und zahlt den Preis. Daß ich Dich teuer verkaufe, kann Dir doch nur schmeichelhaft sein."

Er ballte die Hände in ohnmächtigem Zorn.

„Du gestattest, daß ich mich zurückziehe. Ich werde Dir Zimmer anweisen lassen. Deine Wünsche bezüglich der Bewirtschaftung kannst Du der Dienerschaft mitteilen. Soweit sie in den Rahmen meiner Möglichkeit passen, werden sie berücksichtigt werden", sagte er schnell und hastig.

Und dann verneigte er sich kurz und ging hinaus.

Sie sah ihm eine Weile verblüfft nach. Dann sprang sie auf und ging nachdenklich auf und ab. Am Teetisch blieb sie stehen und knabberte von den feinen Kuchen, Tante Krispinas Lieblingsgebäck. Sie hatte Hunger und war schlecht gelaunt. Es ging nicht alles nach ihrem Wunsch.

Ein vergnügliches Leben würde sie hier nicht führen, das war klar. Aber vorläufig ließ sich daran nichts ändern, wenn sie nicht klein beigeben wollte. Und daran dachte sie gar nicht. Wenn Norbert die reiche Erbin heiraten wollte, dann sollte er sie auch entsprechend abfinden. Sie würde mit der Zeit schon ihr Ziel erreichen. Mochte er sich nur erst einmal mit seinem Baronesschen aussprechen und zur Vernunft kommen. Wenn man der Baronin nur einen Wink geben könnte! Sie würde kaum so schwerfällig sein wie Norbert. Frauen sind viel praktischer. Das war ihre Ueberzeugung.

* * *

Norbert war mit hastigen Schritten in sein Arbeitszimmer gegangen. Als er dort allein war, blieb er eine Weile wie erstarrt stehen und preßte die Hände vor das Gesicht.

„Annelies — Annelies — daß ich Dir das nicht ersparen konnte", stöhnte er in tiefster Seelenqual.

Mit einem tiefen Seufzer ließ er dann seine Hände schlaff herabfallen und sah gramvoll vor sich hin. Dann schritt er langsam zur Klingel. Eine tiefe Bitterkeit lag auf seinen Zügen und trostlos sah er in die Zukunft.

Auf sein Klingelzeichen erschien Hermann sehr schnell. Er war sehr neugierig, was der überraschende Besuch der schönen Dame zu bedeuten hatte.

„Rufen Sie mir Mamsell Hegelein", gebot Norbert.

(Fortsetzung folgt.)

Die Teuerungszulagen und Familienbeihilfen als Teile des steuerpflichtigen Einkommens zu betrachten, hat bereits in den davon betroffenen Kreisen eine starke Gegnerschaft hervorgerufen, die, wie wir bereits mehrfach meldeten, ihren Ausdruck in an die Staatsregierung gerichteten Petitionen fand. Das nunmehr dem Landtage zugegangene Dekret enthält als wesentlichste Neuerung zum Einkommensteuergesetz folgende Bestimmung:

Als Teile des Gehalts, Lohnes, Ruhegehalts oder Wartegeldes gelten auch Einnahmen (§ 16 Abs. 1 und 2), die der Empfänger von der Anstellungsbehörde oder vom Arbeitgeber als besondere Vergütungen oder Zuwendungen, als Zulagen, Beihilfen oder Unterstützungen irgendwelcher Art, insbesondere als Teuerungszulagen Familienbeihilfen oder unter anderer Bezeichnung dergestalt laufend oder wiederkehrend erhält, daß er bei Führung seines Haushaltes damit rechnen kann. Die Steuerpflichtigkeit solcher Bezüge wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß sie ohne Begründung eines Rechtsanspruchs, unter Vorbehalt des Widerrufs oder zur Befriedigung eines voraussichtlich später wieder wegfallenden Bedürfnisses gewährt werden. Als Empfänger der Bezüge gilt der Angestellte oder Arbeiter auch dann, wenn sie seinen unterhaltsberechtigten Angehörigen gewährt werden.

Ferner wird durch eine veränderte Fassung in § 15 festgesetzt, daß die oben erwähnten fortlaufenden Beihilfen, die nunmehr in der Hand des Empfängers steuerpflichtig werden, vom Geber bei Berechnung seines steuerpflichtigen Einkommens abgezogen werden dürfen. — Das Gesetz soll mit Wirkung ab 1. Jan. 1918 in Kraft treten

Die Entscheidung Kurlands.

In der Sitzung der Friedensunterhändler am 12. Januar erwähnte General **Hoffmann** in seiner Rede die Kundgebung der kurländischen Landesversammlung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der Gesamtbevölkerung Kurlands bezeichnet und die den Schutz des Deutschen Reiches erbeten hat. Von den russischen Delegierten wird dagegen bis zum Augenblick der Einwand erhoben, daß diese Versammlung nicht den Willen des ganzen kurländischen Volkes darstelle. Demgegenüber weist Silvio **Broedrich**, ein bekannter Deutschbalte, in einer Zuschrift an die Nationalliberale Korrespondenz nach, daß die Erklärung dieser Landesversammlung völlig unanfechtbar sei. Er führt aus:

Der Landtag der kurländischen Ritter- und Landschaft, der die Vertretung des gesamten Grundbesitzes im Lande darstellt, hat nach russischem Staatsrecht das Recht der gesetzgeberischen Initiative. Seit 1880 hat er sich vielfach an die russische Regierung gewandt mit Gesetzesvorschlägen, welche die Erweiterung des Landtages zur Vertretung der gesamten Bevölkerung herbeiführen sollte. Die russische Regierung hat das immer abgeschlagen, um den Zusammenschluß der deutschen Oberschicht und des lettischen Landvolkes zu verhindern, da die Zentralgewalt in Petersburg einsah, daß dann jede Russifizierung des Gebietes unmöglich wurde.

Mitte September 1917 wandten sich nun die Vertreter der Ritterschaft an die Ober-Ost-Regierung mit der Bitte, den Landtag einberufen zu dürfen, um eine Landesversammlung auf der Grundlage eines von ihr einzuleitenden Wahlverfahrens zusammentreten zu lassen. Die Ober-Ost-Regierung hat das bewilligt und der Landtag hat dann eine Vorlage angenommen, nach der ebensoviel Vertreter der lettischen ländlichen Bevölkerung zu dem Landtag zugewählt werden sollten, wie Vertreter des Großgrundbesitzes vorhanden waren. Ebenso sollten die Städte in dieser Landesversammlung vertreten sein, ferner Vertreter der Geistlichkeit, wodurch namentlich auch eine Vertretung der katholischen Geistlichkeit im Lande zustande kommen sollte. Es sind nun in allen Kreisen des Landes Versammlungen einberufen worden, die aus den Gemeindevorständen sämtlicher Gemeinden zusammengesetzt waren, wobei zu bemerken ist, daß die Gemeindevorsteher nach der Gemeindeordnung Vertreter der gesamten Gemeinde sind, sowohl der besitzenden wie der besitzlosen Einwohner.

In diesen Versammlungen der Gemeindevorsteher sind die Wahlen vollzogen worden. Es war ihnen ein Aufruf des bisherigen Landtages zugegangen, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß die deutsche Okkupationsregierung gestattet habe, was die russische Regierung im Laufe der letzten 35 Jahre immer wieder abgelehnt hatte: nämlich die Vertreter der gesamten Bevölkerung zum Landtag heranzuziehen. In der so gewählten, aus einigen 80 Abgeordneten bestehenden Landesversammlung wurde nun einstimmig von den deutschen und lettischen Vertretern eine Entschließung angenommen, welche besagt, daß sie vertrauensvoll die Geschicke Kurlands in die Hände des Deutschen Kaisers und seines mächtigen Reiches legen. Gleichzeitig wurde die Ober-Ost-Regierung gebeten, dieser Landesversammlung zu gestatten, aus ihrer Mitte einen Landesrat zu wählen, welcher gemeinsam mit den Vertretern der Regierung die zukünftige Verfassung des Landes ausarbeiten sollte.

Die Ober-Ost-Regierung hat diesem Wunsche Rechnung getragen und es erfolgte am nächsten Tage die Wahl dieses Landesrates, die in der Form vor sich ging, daß die Vertreter des Großgrundbesitzes ebenso wie die Vertreter der lettischen Landesbevölkerung und die Vertreter der Städte aus ihrer Mitte die Kandidaten zum Landesrat ernannten, worauf diese dann einstimmig gewählt wurden. Auch unter den Vertretern der Städte sind Letten sowohl in die Landesversammlung, wie auch in den Landesrat gewählt worden.

Das schlechte Verhältnis zwischen den amerikanischen und englischen Soldaten.

Die Aussagen der in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Amerikaner werfen zum Teil recht interessante Streiflichter auf die gegenwärtigen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten, auf die skrupellose Art, in den breiten Massen die fehlende Kriegsbegeisterung zu erzeugen, und endlich auch auf das nicht gerade kameradschaftliche Verhältnis der amerikanischen Soldaten zu den englischen und französischen Bundesgenossen. Namentlich auf die stammesverwandten Engländer sind sie meist nicht gut zu sprechen. Schon in den ersten Wochen hat sich eine Mißstimmung gegen die englischen Kameraden, besonders aber gegen die Offiziere, geltend gemacht. In England, wo die Gefangenen 14 Tage weilten und nach Aldershot, London usw. zur Besichtigung militärischer Anlagen geschickt wurden, haben die englischen Offiziere den amerikanischen militärischen Gruß nicht erwidert. Fortwährend hat es Reibereien mit den englischen Soldaten gegeben. Nach Aussagen der Gefangenen standen sie sich mit den Tommies wie „Katze und Hund." In Amiens hat ein Amerikaner zu einem englischen Soldaten gesagt: „Wir müssen jetzt eure schmutzige Arbeit fertig machen." Der Amerikaner sei daraufhin von dem englischen Soldaten niedergeschossen worden. In einem anderen Falle hat sich ein englischer Soldat beklagt, daß sie 3 Jahr gefochten und geblutet hätten, und daß nun die Amerikaner kämen, um ihnen die Ehre und den Ruhm des Sieges fortzunehmen. Englische Soldaten haben ihnen gegenüber häufig geäußert: „Wir haben die Nase voll". Uebrigens haben sie nicht einen Tommy gefunden, der heute nicht fest davon überzeugt ist, daß Deutschland nicht besiegt werden könne. Die Offiziere, die sie gesehen haben, haben auf sie „einen sehr armseligen Eindruck" gemacht; aber auch die eigenen Offiziere sollen einen schweren Stand haben, soweit sie keine regulären amerikanischen Truppen befehligen. Vielfach führen nicht die Hauptleute die Kompanie, sondern umgekehrt.

Die Gefangenen sind heute äußerst zufrieden mit ihrem Los und loben die gute Behandlung und das freundliche Entgegenkommen der Deutschen, um so mehr, als sie anfangs der festen Ueberzeugung waren, gleich nach der Gefangennahme erschossen zu werden. Sie werden nach ihren Versicherungen, wenn der Krieg zu Ende ist, zu Hause die Wahrheit verkünden und ihrerseits in den großen Zeitungen berichten, wie sie die Deutschen in Wirklichkeit gefunden hätten.

Ein unerhörtes Urteil

Rotterdam, 13. Januar. Aus New York wird gedrahtet: Der Angestellte Bünz und drei andere Beamte der Hamburg-Amerika-Linie wurden zu Gefängnisstrafen von 12 bis 18 Monaten verurteilt wegen Vergehens gegen das Zollgesetz, weil sie Vorräte an deutsche Kreuzer lieferten.

Bei vorstehender Nachricht handelt es sich offenbar um das Urteil des Obersten Gerichtshofs des Staates New-York, da die Angeschuldigten gegen das erste Urteil Revision eingelegt hatten. Die Anklage ist von den Vereinigten Staaten zu einer Zeit, als sie Deutschland angeblich noch neutral gegenüberstanden, erhoben worden, weil die Verurteilten deutschen Kreuzern im Atlantischen Ozean Kohlen und Proviant zugeführt haben.

Die Wilson-Regierung, welche jede ihrer Auslassungen von den Worten Gerechtigkeit und Neutralität überfließen läßt, hat mit dieser Verurteilung abermals eine ihrer vielen unbegreiflichen Handlungen ausgeübt, über die, wie über so viele andere, bei Friedensschluß noch sehr ernst zu reden sein wird. Das Vorgehen der amerikanischen Regierung ist in diesem Falle um so unerhörter, als, wie bei den ersten Gerichtsverhandlungen von dem Verteidiger der Angeklagten ausdrücklich festgestellt wurde, genau dasselbe Verfahren, das den Angeschuldigten der Hamburg-Amerika-Linie zum Vorwurf gemacht wird, von den Amerikanern selber bei ihrer Kriegführung gegen Spanien zur Anwendung gekommen ist. Es wurden damals von dem englischen, also neutralen Hongkong aus der in Manila liegenden Flotte Deweys unter falschen Schiffsmanifesten Kohlen und Nahrungsmittel zugeführt.

Reiseverkehr und Kriegführung.

Immer wieder muß eindringlich darauf hingewiesen werden, daß eine erfolgreiche Kriegführung sich nur auf der Grundlage eines leistungsfähigen Verkehrswesens ermöglichen läßt. Die gewaltigen Waffenerfolge der Mittelmächte beruhen zum guten Teil auf ihrem weitverzweigten, vortrefflich ausgebauten Eisenbahnnetz, das es ermöglichte, im Bedarfsfalle Truppenmassen und Kriegsbedarf blitzschnell von einem Kriegsschauplatz auf den anderen zu werfen. Aber auch die innere Front steht und fällt mit der Aufrechterhaltung des in Kriegszeiten aufs äußerste in Anspruch genommenen Eisenbahnbetriebes. Unsere Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie, unsere Volksernährung einschließlich der Kohlenversorgung müßten in verhängnisvollem Umfange in Frage gestellt werden, gelänge es nicht, den Güterverkehr, der die Heimat mit Rohstoffen, Lebensmitteln und Kohlen versorgt, im erforderlichen Maße aufrechtzuerhalten. Da ist denn die größtmögliche Einschränkung des Personenverkehrs ein dringendes Gebot. Die Eisenbahnbehörden haben bereits entsprechende Maßnahmen getroffen, die am 13. Januar in Kraft getreten sind, mit dem ausschließlichen Zweck, in größerem Umfange als bisher Maschinen, Personen und Strecken durch Ausfall von Personenzügen freizumachen und die Abwicklung des Güterverkehrs, dem unbedingt der Vorrang gebührt, nach Möglichkeit zu fördern.

Alle behördlichen Maßnahmen bleiben aber Stückwerk, wenn nicht jeder einzelne sich den Ernst der Sachlage klar macht und durch freiwillige Opfer dazu beiträgt, die Schwierigkeiten verständnisvoll vermindern zu helfen. Es herrschen über die Einschränkung des Reiseverkehrs in der Oeffentlichkeit vielfach falsche Anschauungen. Nicht um lediglich Kohlen oder Betriebsmaterial zu sparen, ist die Eisenbahnverwaltung gezwungen, den Privatreiseverkehr zu vermindern, sondern weil es jetzt im vierten Kriegswinter, wo noch zudem die Wassertransportwege nur sehr beschränkt nutzbar sind, von größter Wichtigkeit ist, Kohlen, Lebensmittel und Rohstoffe in genügender Menge heranzuschaffen, damit die Heimat nicht nur selbst durchhalten, sondern auch dem kämpfenden Heer alles herstellen und heranführen kann, was dieses an Munition, Waffen und Kriegsgut braucht.

Wer jetzt noch Privatreisen unternimmt, die nicht ganz unentbehrlich und dringlich sind, versündigt sich am Vaterland, dem er die Mittel zum Durchhalten und zum Siege verkürzt und beeinträchtigt. Wenn jeder Deutsche sich klarmachen wollte, daß er durch den Verzicht auf eine nicht unbedingt notwendige Reise mit der Eisenbahn so und soviel Frachtraum für die Allgemeinheit freimacht, der dieser in erhöhter Zufuhr an unentbehrlichen Lebensgütern zugute kommt, dann brauchen wir im Kampfe gegen äußere und innere Kriegsnöte ernste Schwierigkeit nichts zu befürchten.

Blut und Gold.

Spiele nicht mit deiner goldnen Kette, Mann,
Und tändle nicht mit goldnen Reifen, Frau.
Die Schar! Die Schar! Jetzt drin in Drahtverhau!
Ach, wie das Blut um Brust und Stirnen rann . . . .

Ist das dein Sohn? Er winkt dir mit der Hand!
Starrt auf die Kette und dein Goldgezier . . .
Er stirbt, er fällt! „Das Leben gaben wir
Für deine Not, du ringend Vaterland."

Mann mit der Kette, färbt die Scham dich rot?
Verbrennt dich, Frau, der Reif mit seiner Glut? —
Für deutsche Freiheit her das letzte Blut!
Und unser Gold — für deutsches Lebensbrot!!

Rudolf Herzog.

K.L

Sein süsses Mädel.
Lustspiel in 3 Akten.
Das tote Land.
Detektiv-Drama in 3 Akten.

Flinkes, sauberes Schulmädchen als
Aufwartung
gesucht.
Näheres in d. Geschst. d. Bl.

Rechnungsformulare
hält vorrätig die
— „Tageblatt"-Druckerei. —

Vorranzeige!
Sonntag, den 20. Januar:
2 Gastspiel des Mitteldeutschen Städtebundtheaters:
Ein Frühlingstraum!
Achtung!
Es ist dieselbe Gesellschaft, welche so großen Erfolg hatte mit: „Die Fahrt ins Glück".

Auktion.
Sonnabend, den 19. Januar vormittags 10 Uhr versteigere ich in **Callnberg**, Obere Straße 99, gegen sofortige Kasse folgende Gegenstände:
1 guterhaltenen Doppel-Kleiderschrank, Brotschrank, Waschtisch, Matratze, Kommode, Ofenschränkchen, Freischwinger und noch verschiedenes mehr.
Bruno Kunstmann,
Auktionator Lichtenstein-C., Hartensteinerstr. 8.

Abkehr-Scheine
für aus dem Arbeitsverhältnis tretende Personen hält vorrätig die „Tageblatt-Druckerei".

Sehr gute (tragende) hornlose
Milch-Ziegen
sowie **Ziegenlämmer** zu verk.
Willy Lichtenstein,
Meerane i. S., Chemnitzerstr. 56.

Ein — hervorragendes Fachblatt seiner Art — ist die illustr. Jagdwochenschrift **„St. Hubertus"**, Cöthen (Anhalt.)
Bringt gediegene Aufsätze über Jagd, Schießwesen, Hundezucht, Forstwirtschaft, Fischerei und Naturkunde. Großartiger Bilderschmuck. Wertvolle Kunstbeilagen.
Wirkungsvolles Anzeigenblatt.
Bezugspreis 2.80 Mark für das Vierteljahr.
Jede Postanstalt und Buchhandlung nimmt Bestellungen entgegen.
Probenummer vollständig kostenlos bitten zu verlangen von dem
Verlag d. St. Hubertus (P. Schettlers Erben Gesellsch. m. b. H.),
Cöthen (Anhalt)

Druck und Verlag von Otto Koch und Wilhelm Keller. Für den gesamten Inhalt verantwortlich Wilhelm Keller in Lichtenstein.